

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 08.05.2014, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:10 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Bericht der Verbraucherzentrale	<b>045/2014</b> <b>4</b>
2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	<b>035/2014</b> <b>6</b>
3.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Erfahrungsbericht über das Projekt "Neue Wege NRW"	<b>036/2014</b> <b>8</b>
4.	Umsetzung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf	<b>038/2014</b> <b>9</b>
5.	Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf	<b>001/2014</b> <b>11</b>

**Anlagen**

Anlage 1	Bericht der Verbraucherzentrale
Anlage 2	Sachbericht des Jobcenters
Anlage 3	Kommunales Integrationszentrum Kreis Warendorf – Handlungsfelder und Projekte
Anlage 4	Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Wa- rendorf
Anlage 4a	Lebendgeborene und im ersten Lebensjahr Gestorbene in NRW 1976 bis 2012

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Strübbe, Robert
<b>Ausschussmitglieder</b>
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Feichtinger, Jochen
Hein-Kötter, Dorothea
Leismann, Jendrik
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Twenhöven-Ruhmann, Annette
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Drestomark, Bernhard
Krause, Josef
Luster-Haggeney, Rudolf
Offers, Norbert
Schulte, Stephan
<b>von der Verwaltung</b>
Boeckmann, Monika
Börger, Heinz Dr.
Fleissner-Busse, Gabriele Dr.
Hanewinkel, Martin
Lummer, Petra
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schreier, Petra
Schulte-Sienbeck, Verena
Senol-Kocaman, Diler
Uhkötter, Richard

**Gäste**

Kreickmann, Daniela

Schulze Wintzler, Anne

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Hüttemann, Dorothe

Lindstedt, Cornelia

Mors, Annette

Strohbücker, Josef

Vöcking, Knud

Wördemann, Christiane

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 24.04.2014 form- und fristgerecht eingeladen wurde.

**I. Öffentlicher Teil****1. Bericht der Verbraucherzentrale****045/2014**

Frau Schulze Wintzler, Leiterin der Beratungsstelle Ahlen der Verbraucherzentrale NRW, berichtet, dass die Verbraucherzentrale NRW seit dem 01.09.2010 Beratungen im Kreishaus Warendorf anbietet. Dieses Angebot wurde in 2013 ausgebaut und werde gut angenommen.

Gemeinsam mit Frau Kreickmann erläutert sie die häufigsten Verbraucheranliegen (sh. Anlage 1) wie Probleme mit Telefon- und Internetanbietern. Hier herrsche oft große Unsicherheit wegen unklarer Rechnungen, strittiger Rechnungsposten und fragwürdiger Vertragsanbahnungen. Die Anzahl der Anfragen habe zwar abgenommen, der Schwierigkeitsgrad nehme jedoch zu. Auch der liberalisierte Energiemarkt werfe viele Fragen auf, z.B. bei Insolvenzen von Anbietern und Bonuszahlungen.

Frau Schulze Wintzler führt aus, dass die Verbraucherberatungsstelle in Warendorf auch Rechtsberatung im Gesundheitswesen anbiete, dieses sei nicht in allen Beratungsstellen der Fall. Insbesondere zum Schuldenerlass bei Krankenkassen in Folge von Nachzahlungsverpflichtungen bisher unversicherter Personen ergaben sich viele Fragen der Verbraucher. Seit 2012 bestünde rechtlich die Möglichkeit, dass Krankenkassen extra Leistungen anbieten. In vielen Fällen sei daher ein Wechsel der Kasse angeraten worden.

Frau Kreickmann berichtet zu aktuellen Themen wie dem neuen Rundfunkbeitrag, Problemen mit Phishing-Mails und Urheberrechtsverletzungen, z.B. beim Herunterladen von Filmen und Musik.

Als Honorarberatungsangebote werden u.a. Versicherungsberatung und Mietrechtsberatung angeboten, teilt Frau Kreickmann mit. Im Mietrecht seien die Themen Auszug, Kautions- und Fristen immer aktuell, im Rahmen der Versicherungsberatung die Über- oder Unterversicherung der Ratsuchenden.

Frau Schulze Wintzler weist darauf hin, dass die Energieberatung kreisweit tätig sei und Standorte in Ahlen, Beckum, Drensteinfurt und Warendorf habe.

Neben den Beratungstätigkeiten führe die Verbraucherberatung regelmäßige Aktionen durch, z.B. Aktions- und Infostände auf Wochenmärkten (2x monatlich) sowie Vorträge u.a. mit den Kommissariaten Vorbeugung und Prävention (monatlich).

Abschließend weist Frau Schultze Wintzler darauf hin, dass die Verbraucherzentralen in einer Pilotstudie ihre Beratung auf den monetären Nutzen und die Rentabilität hin untersuchen ließen. Die Berechnung der Rentabilität staatlicher Zuwendungen zeige, dass ein Euro investierter Steuergelder 14 bis 17 € Verbrauchernutzen hervorrufe.

Auf Nachfrage von Herrn Feichtinger teilt Frau Schulze Wintzler mit, dass für eine Rechtsberatung seitens der Verbraucherzentrale 9 € berechnet werden, für eine Rechtsvertretung inkl. Rechtsberatung 25 €.

In der Anfrage von Herrn Drestomark zu den Beratungszeiten erläutert Frau Schulze Wintzler, dass auch spätere Beratungen vereinbart werden können. Im Kreis Warendorf wie auch landesweit sei jedoch festzustellen, dass spätere Termine nicht nachgefragt und die häufigsten Kontakte am Vormittag registriert werden.

Herr Strübbe dankt Frau Schulze Wintzler und Frau Kreickmann für ihren informativen Vortrag.

<b>2. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>035/2014</b>
---	-----------------

Frau Schreier berichtet

- über die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
- über Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
- zur Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
- über Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften
- über die Kennzahlen nach § 48 a SGB II.

(siehe Anlage 2).

Bei der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften sei eine erfreuliche Tendenz festzustellen, führt Frau Schreier aus. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sei von März bis April 2014 um 1,4 % gesunken.

Hinsichtlich der Kennzahlen zur Zielerreichung gem. § 48a SGB II teilt Frau Schreier mit, dass der Kreis Warendorf bei den Kosten für Leistungen zum Lebensunterhalt sowie für Unterkunft und Heizung leicht über dem NRW-Schnitt liege. Die Integrationsquote hingegen liege deutlich besser als im Landesdurchschnitt. Auch die Quote der Nachhaltigkeit der Integrationen (Arbeitnehmer ist 12 Monate nach Arbeitsaufnahme weiterhin sozialversicherungspflichtig beschäftigt) sei mit 57,5 % zufriedenstellend.

Bei den Langzeitbeziehern sei die Quote um 1,1 % gesunken während diese im NRW-Schnitt leicht gestiegen sei. Dieses seien aktuell ca. 6.700 Personen im Kreis Warendorf und damit ca. 60 % der Gesamtzahl der Leistungsbezieher.

Frau Schreier gibt einen Zwischenbericht zum Projekt „Eins zu fünfzig“, das am 17.03.2014 gestartet sei. Dieses Projekt konzentrierte sich auf besondere Personengruppen wie z.B. auf Personen aus sozialen Brennpunkten und Alleinerziehende.

Ziele seien es

- die Kosten der Unterkunft zu senken,
- den Bestand an Langzeitarbeitslosen zu verringern,
- die Integrationsquote zu steigern.

Frau Schreier nennt die ersten Ergebnisse des Projektes, die durchaus zufriedenstellend seien. So konnte bereits für 55 Teilnehmer die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erreicht werden. 12 Teilnehmer sind aus dem Projekt ausgeschieden und haben keine weiteren Hilfen nach dem SGB II beantragt.

Nach Abschluss des Projektes werde sie erneut im Ausschuss darüber berichten.

Frau Schreier führt aus, dass dem Jobcenter seitens des Bundes zusätzlich 700.000 € für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mittel sollen vornehmlich für zusätzliches Personal verwandt werden.

Frau Birkhahn befürwortet, neue Möglichkeiten zur Vermittlung von Arbeitsuchenden zu testen. Sie erkundigt sich nach Möglichkeiten, die Nachhaltigkeit der Vermittlung auszuweiten.

Frau Schreier teilt mit, dass die Vermittler bei der Arbeitsvermittlung das Hauptaugenmerk auf Nachhaltigkeit der Vermittlung legen sollen, diese sei wichtiger als eine schnelle Vermittlung.

Herr Dr. Börger regt an, für die Berichte des Jobcenters im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit die Sinnhaftigkeit des reinen Kennzahlenvergleichs zu überdenken. Die Rankingdaten stellten schließlich nur Veränderungen dar, nicht aber die tatsächlichen Leistungsstände. Für die nächste Wahlperiode nach der Kommunalwahl solle der Kreistag entscheiden, welche Kennzahlen für die Ausschussmitglieder im Kreis Warendorf von Wichtigkeit seien. Er nennt als Beispiele den Anteil der Personen im Langzeitleistungsbezug und die Entwicklung der Kosten der Unterkunft.

Herr Leismann weist darauf hin, dass z.B. die Nachhaltigkeit nach Ablauf von 3 Jahren interessant wäre, da befristete Verträge oft für ein oder 2 Jahre abgeschlossen würden. Die jetzige Regelung der Nachhaltigkeit von einem Jahr sei daher nicht aussagekräftig genug.

Herr Diekhoff sieht eine Prüfung nach 3 Jahren nicht als Aufgabe des Jobcenters an.

<b>3.</b>	<b>Jobcenter Kreis Warendorf hier: Erfahrungsbericht über das Projekt "Neue Wege NRW"</b>	<b>036/2014</b>
-----------	---	-----------------

Frau Boeckmann erläutert das Projekt „Neue Wege NRW – ein Innovationsprojekt“ zur Unterstützung des beruflichen (Wieder-)Einstiegs von Erziehenden anhand einer Präsentation (Anlage 2, ab Folie 12). Der Kreis Warendorf nehme seit Mai 2013 an diesem Projekt teil, das die Familienzentren in einer Lotsenfunktion in den Prozess der beruflichen Planung integriert.

In den sechs Modellregionen seien in den Jahren 2011 bis 2013 Instrumente entwickelt worden, der Kreis könne jetzt von den gewonnenen Erkenntnissen profitieren.

Zu Beginn des Projektes sei eine regionale Steuerungsgruppe aufgebaut worden, die die Ziele und Aktivitäten für den Kreis Warendorf festgelegt hat. Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Arbeitsagentur und des Jobcenters führen in den vier beteiligten Familienzentren (zwei in Ahlen, Beelen und Ennigerloh) Veranstaltungen für Eltern und Fortbildungen für Beschäftigte in den beteiligten Familienzentren durch.

Als Ort der Kinderbetreuung komme den Familienzentren eine besondere Bedeutung zu. Durch niedrigschwellige Angebote wie Elterncafès oder Kurse zum beruflichen (Wieder-)Einstieg eröffneten sich neue Wege der zielgruppengerechten Ansprache durch das Jobcenter sowie durch die Arbeitsagentur.

Frau Strecker ergänzt die Aussagen von Frau Boeckmann durch ihre Erfahrungen mit dem Projekt.

Frau Birkhahn lobt das niederschwellige Angebot des Projektes. Sie fragt, ob in den Angeboten auch die Themen Zeiteinteilung und Strukturierung des Tages aufgegriffen werden. Frau Boeckmann teilt mit, dass diese Inhalte in den Elternkursen aufgegriffen werden.

Herr Feichtinger erkundigt sich, ob für dieses Projekt neues Personal eingestellt werden musste oder ob das Projekt mit dem vorhandenen Personal des Jobcenters abgedeckt werden kann.

Herr Dr. Börger erklärt, dass eine Aufstockung des Personals nicht erforderlich gewesen sei.



<b>4.</b>	<b>Umsetzung des Integrationsberichtes für den Kreis Warendorf</b>	<b>038/2014</b>
-----------	--	-----------------

Frau Senol-Kocaman berichtet über die Handlungsfelder und Projekte des Kommunalen Integrationszentrums (sh. Anlage 3).

Sie teilt mit, dass 2012 im Kreis Warendorf landesweit eines der ersten Integrationszentren gegründet wurde. Integration sei eine Querschnittsaufgabe, das Zentrum sei zuständig für alle Aufgaben kommunaler Integrationsarbeit und Ansprechpartner für alle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Migrantenselbstorganisationen, Fachkräfte und Multiplikatoren sowie außerschulische Einrichtungen und Beratungsstellen.

Frau Senol-Kocaman erläutert

- mit welchen Partnern die Kommunalen Integrationszentren zusammenarbeiten
- die Integration als Querschnitt
- Projekte entlang der Bildungskette, z.B.
  - das Frühkindliches Integrationstraining (FIT), das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kinder und Jugendliche sowie dem Caritasverband für das Kreisdekanat durchgeführt werde
  - die Leitideen und Ziele des Spiel- und Sprachförderungsprogramms Griffbereit
  - das Programm und die Zielsetzungen des Programms Rucksack-Kita sowie
  - das Sprachförder- und Elternbildungsprojekt Rucksack-Schule.

Frau Birkhahn erkundigt sich, in welcher Form Kinder mit Migrationshintergrund die deutsche Lebenskultur erlernen.

Hier sei die Einbeziehung der Eltern sehr wichtig, erläutert Frau Senol-Kocaman. Die Kinder, Eltern sowie die MitarbeiterInnen des Integrationszentrums würden entsprechend für dieses Thema sensibilisiert.

Auf Nachfrage von Herrn Drestomark hinsichtlich der Vermittlung der verschiedenen Sprachen in den FIT-Standorten bestätigt Frau Senol-Kocaman, dass dieses mittels Materialien erfolge. In sämtlichen Gruppen seien verschiedene Nationalitäten zusammengefasst, die Gruppenleiter könnten nicht alle Sprachen beherrschen.

Herr Feichtinger weist auf die Wichtigkeit der Vernetzung und Bündelung der Maßnahmen und Projekte hin.

Frau Senol-Kocaman führt aus, dass im Projekt Rucksack-Schule für Schüler der ersten und zweiten Klasse neben pädagogischen Fachkräften Personen mit kaufmännischer Ausbildung und Mütter ohne Fachkraft-Kenntnisse als Elternbegleitung eingesetzt werden. Es sei nicht einfach die Gruppen zu moderieren. Die Materialien seien bundesweit gleich.

Frau Senol-Kocaman erläutert weitere Projekte und Fortbildungsangebote des Kommunalen Integrationszentrums, u.a. den Mercator-Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, der von Lehramtsstudierenden der Universität Münster an verschiedenen Schulen im Kreis durchgeführt werde.

Abschließend stellt sie das Team des Integrationszentrums vor.

Frau Schulte-Sienbeck und Frau Lummer berichten über den Stand der Umsetzung der Ziele/Maßnahmen des Integrationsberichtes in der Zuständigkeit des Sozialamtes bzw. des Gesundheitsamtes aus dem Handlungsfeld Gesundheit und Sport (sh. Vorlage).

Frau Lummer ergänzt zur Bereitstellung von Beratungsangeboten und Informationsmaterialien (Nr. 15), dass aktuell die Informationsblätter zu den Themen Ernährung und Bewegung zu den jeweiligen U-Untersuchungen in türkische Sprache übersetzt werden.

Abschließend berichtet Frau Schreier über den Stand der Umsetzung der beiden Ziele/ Maßnahmen in der Zuständigkeit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung aus dem Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft.

Zur Frage der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund erläutert Herr Dr. Börger, dass der Kreis Warendorf hier nur bei schulscharfen Stellenausschreibungen als Schulträger Einfluss nehmen könne.

<b>5.</b>	<b>Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kreis Warendorf</b>	<b>001/2014</b>
-----------	--	-----------------

Frau Lummer erläutert den Bericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen anhand einer Präsentation (sh. Anlage 4). Dieser enthalte u.a. Daten der Schuleingangsuntersuchung aus dem Jahr 2012, u.a. zur Gesundheit und Entwicklung der Schulanfängerinnen und Schulanfänger.

Zur Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen U5 bis U9 weist Lummer darauf hin, dass hier ein deutlicher Anstieg in den Bereichen U8 und U9 festzustellen sei. Dieser resultiere durch das in 2009 gesetzlich eingeführte Meldeverfahren.

Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Masernimpfung ergänzt Frau Fleissner-Busse, dass ab einem Prozentsatz von 95 % von Bevölkerungsschutz die Rede sein könne.

Auffällig sei, dass Jungen häufiger motorische Probleme haben als Mädchen.

Bei den Schulanfängerinnen und Schulanfängern mit Gewichtsproblemen liege die Quote im Kreis Warendorf seit dem Jahr 2000 (mit Ausnahme von 2005) immer deutlich unter dem Landesdurchschnitt, teilt Frau Lummer mit. Bei Kindern mit Migrationshintergrund sei dieser deutlich höher als bei den übrigen. Die Gründe hierfür würden nicht ermittelt.

Herr Steiner hält hierfür den kulturellen Hintergrund für mitverantwortlich.

Er dankt den MitarbeiterInnen des Gesundheitsamtes für die geleistete Arbeit und den ausführlichen Bericht. Hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit (S. 54 des Berichtes) bittet er um Nennung der konkreten Zahlen.

Frau Lummer sagt zu, diese mit der Niederschrift vorzulegen.

*Die Statistik über Lebendgeborene und im ersten Lebensjahr Gestorbene im Kreis Warendorf ist als Anlage 4a beigefügt.*

Zur Motorik und Körperkoordination der Schulanfänger stellt Frau Fleissner-Busse klar, dass 6,2 % der Kinder wegen Auffälligkeiten bereits in Behandlung beim Arzt seien, für weitere 1,2 % sei eine Arztempfehlung erfolgt. Ob bei diesen Kindern eine Ergotherapie oder sonstige Behandlung erfolgen müsse, liege immer in der Entscheidung der jeweiligen Kinderärzte.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass der Kreis hinsichtlich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stark auf Prävention setze. Lob gehöre hier dem schulärztlichen Dienst, da in vielen Fällen erst bei der Schulanfängeruntersuchung gesundheitliche Probleme der Kinder auffallen, die bis dahin unbemerkt geblieben waren.

Herr Feichtinger erkundigt sich zur Zahl der heilpädagogischen Kindergärten, die neben den Regelkindergärten betrieben würden.

Herr Dr. Börger erklärt, dass es im Kreis künftig vier heilpädagogische Kindertageseinrichtungen gebe, den Kindergarten Arche Noah in Ahlen, den Angela Kindergarten in Beckum, die Caritas Kindertagesstätte im Ludgerushaus Ennigerloh sowie den Teresa-Kindergarten in Warendorf, wobei die Anzahl der heilpädagogischen Plätze im Teresa-Kindergarten reduziert werden solle.

Im Rahmen der Inklusion steuere der Landschaftsverband derzeit stark um, Sonderkindergärten sollen weitestgehend aufgelöst werden. Dieses habe auch finanzielle Gründe, da die Förderung der Regelgruppen anteilig durch das Land erfolge, während heilpädagogischen Gruppen zu 100 % vom Landschaftsverband finanziert würden.

Der Kreis vertrete jedoch die Einschätzung, dass in einer Regelgruppe nicht jedes Kind ausreichend gefördert werden könne.

Frau Birkhahn warnt davor, dass Inklusion nicht dazu führen darf, die bestmögliche Förderung zu unterlassen.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.10 Uhr.

Er dankt den Ausschussmitgliedern für die geleistete Arbeit und erinnert insbesondere daran, dass der Kreis Warendorf ab dem 01.01.2012 als Optionskommune für die alleinige Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende zuständig sei. Zudem seien u.a. der Integrationsberichtes und der Inklusionsbericht erstellt worden.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer